Abend-Ausgabe. Nr. 66. Berlin, Mittwoch, den 8. Februar 1893.

Dies Blatt erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 7 Mark 50 Pfennig, mit Botenlohn 8 Mark 50 Pfennig. — Für das deutsche Reich und für ganz Oesterreich: 9 Mark. — Die einzelne Nr wird mit 10 Pfennig berechnet.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!

Nr. 66. Abend-Ausgabe. Berlin, Mittwoch, den 8. Februar 1893.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: W. Königsgräser-Straße Nr 15, und die bekannten Spediteure. Insertions-Gebühr für den Raum einer sechsgespaltenen Petitzeile 40 Pfennig.

Telegraphische Korrespondenzen.

(Siehe auch dritte Seite.)

Pest, 8. Februar. (W. T. B.) In der gestrigen Sitzung der liberalen Partei skizzirte der Handelsminister die Antwort, welche er heute im Unterhause auf die Interpellation, betreffend die Kaschau-Oderberger Bahn, geben würde. Die Kaschau-Oderberger Bahn sei an den der Interpellation erwähnten Vorgehen unbetheiligt. Der Prozeß, welcher gegen die an der Konversion der Eisenbahn-Obligationen betheiligte österreichische Bodenkreditanstalt angestrengt wurde, sei theils in Ermangelung jedes materiellen Thatbestandes, theils wegen Verjährung eingestellt worden. Für ihn (den Minister) liege kein Grund vor, irgend welche Schritte einzuleiten. Diese Antwort wurde mit Zustimmung zur Kenntniß genommen.

Paris, 8. Februar. (W. T. B.) Die Morgenblätter sprechen sich im allgemeinen mißbilligend über die gestrigen Beschlüsse der Anklagekammer in der Panama-Angelegenheit aus. Man glaubt, daß es deswegen in der heutigen Kammersitzung zu lebhaften Erörterungen kommen werde.

Paris, 8. Februar. (D. B. H.) Rochefort erklärte in einer Unterredung mit einem Redakteur des „Figaro", er halte seine Aussagen bezüglich der von Herz zu Parlamentarier zur Bestechung ausgetheilten Summen aufrecht. — Andrieux erklärte in einem Gespräch, die Regierung habe durch den Beschluß der Anklagekammer alle zufriedengestellt, habe aber eine große Verantwortlichkeit gegenüber dem Parlament übernommen.

Paris, 8. Februar. (D. B. H.) Der Ausschuß für die Manifestation am 1. Mai beschloß keine Boulangisten-Gruppen an der Manifestation theilnehmen zu lassen.

London, 7. Februar. (W. T. B.) Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus" aus Assiut (Egypten) von heute hat der Khedive seine Reise fortgesetzt und ist heute in Kodah eingetroffen. Auf beiden Ufern des Nils wurde demselben ein warmer Empfang bereitet.

London, 7. Februar, Nachts. (W. T. B.) Unterhaus. Der Präsident des Handelsamtes, Mundella, bekämpfte das Amendement Keir Hardies, welches ein Tadelsvotum sei; die Lage der englischen Arbeiter sei besser als die der festländischen. Die Regierung habe bereits durch die Einbringung mehrerer auf die Arbeiter bezüglichen Gesetze, sowie durch administrative Maßregeln ihr Interesse für die arbeitenden Klassen bekundet. Daher appellire die Regierung an diejenigen, die für die Arbeiter ein Interesse hätten, mit der Bitte, das von Keir Hardie vorgeschlagene Amendement nicht zu unterstützen, da dessen Annahme die Vorlagen, betreffend die Arbeiter, ebenfalls zu Falle bringen würde. Hierauf wurde das Amendement mit 276 gegen 100 Stimmen verworfen.

London, 8. Februar. (W. T. B.) Nach einer Meldung der „Times" aus Petersburg wäre während der Anwesenheit des Emirs von Buchara beschlossen worden, zwischen Buchara und Afghanistan eine russische Zollgrenze zu errichten.

Petersburg, 7. Februar. (W. T. B.) An direkten Steuern sind im abgelaufenen Jahre 111 Millionen Rubel eingegangen gegen 103 Millionen Rubel im Vorjahre.

Belgrad, 8. Februar. (D. B. H.) Die Regierung beabsichtigt, in Serbien Postsparkassen einzuführen.

Sofia, 8. Februar. (D. B. H.) Der Verein des heiligen Cyrillus sendete tausend Napoleonsdors für die bulgarischen Kirchen Macedoniens.

New-York, 7. Februar. (W. T. B.) Der Senat hat heute den Auslieferungs-Vertrag mit Rußland genehmigt.

Von den Kirchlich-Liberalen.

Schon wehrlich haben wir an der Hand von Artikeln kirchlich-liberaler Blätter gezeigt, in welchem Sinne unsere Protestantenvereine das sogenannte Gemeindeprinzip auffassen, wie sie diesen Begriff verwerfen, um durch ihn möglichst viele Hilfstruppen in ihrem Kampfe gegen das bekenntnißtreue Christenthum zu gewinnen. Die letzte Nummer des „Neuen evangelischen Gemeindeblatts" liefert und dafür wiederum einen trefflichen Beweis.

Zur Orientirung bemerken wir, daß das genannte Blatt unter dem Patronate des Kammergerichtsraths Schröder erscheint und daß als ständige Mitarbeiter alle diejenigen liberalen Berliner Pastoren thätig sind, welche an der Agitation gegen unseren Christenglauben intensiven Antheil nehmen. Es ist, wie es in der Ankündigt heißt, ein Wochenblatt für die evangelischen Gemeinden und ihre Vertreter. Um sich den Anschein zu geben, als sei es auch um die Erweckung des religiösen Lebens in den Gemeinden bemüht, bringt es von Zeit zu Zeit einen theologischen, oder wohl gar einen „erbaulichen" Artikel. Diese sind indessen, was ob gleich daran, daß sie selbstverständlich fast in jedem Satze die sogenannte freiere Richtung erkennen lassen, von nur untergeordneter Bedeutung. Der Hauptsache nach ist der „Neue Ev. Gemeindebote" ein liberales Agitationsblatt und dazu bestimmt, den liberalen Kirchenältesten, Gemeindevertretern und Synodalen für ihre Wühlarbeit den nöthigen Stoff zu geben. Insofern ist das Blatt auch für uns wertvoll, denn seine Lektüre entdeckt uns der Rekonvaleszenz, die Beunruhigung zu verfehlen, welche in gegnerischen Vereinigungen gegen den „Glaubens- und Gewissenszwang einer finsteren Orthodoxie" gehalten zu werden pflegen.

Die letzte Nummer des „Ev. Gemeindeboten" enthält nun an mehreren Stellen Aufsätze über die Bedeutung derjenigen Laien, welche in dieser oder jener Form ihre Betheiligung am kirchlichen Leben betätigen. Zunächst wird in einem Artikel: „Die Umgestaltung der theologischen Examina in Glaubensgesichte" der Versuch gemacht, mit launigen Worten zu zeigen, wie die „lyndalen Entwissenschaftsmeetings" gegen Harnack auf dem Lande zu Stande kommen. Es wird erzählt:

„wie von einigen gottlichen Pastoren unter Führung des intakt im Königl. preußischen Normalschulen stehenden Herrn Ephorus auf Anlaß des bekenntnißtreuen Kirchenpatrons Gewöhnlich eine Kommission zur prominenten Rettung Christi für die angeblich Herzinnliche Glaubensfremdenge nicht Werte genug der Zwage gefunden wurden; . . . wie dann bei der Abstimmung die biederen Bauern selbstverständlich im trotzbietischen mündlichen Gewissen an ihren normal-preußischen Führer bei keinen Mann mitverdammten (sie würden ebenso harmlos-biedere Dynamitarden Buddha mitverdammt haben, wenn man ihnen solchen Bledsinn vorgereedet hätte); wie dann die „Kreuz-Ztg." die lyndalen Glaubenszeugnisse menatelang sammelt, bis endlich Ober-Kirchenrath und General-Superintendent der treubesorgten Privatmeinung werden, diese Herren repräsentiren die Stimmen der evangelischen Kirche und großer Kreise des protestantischen Volkes."

An einer anderen Stelle bringt das Blatt einen Artikel der „Protestantenvereins-Korrespondenz" zum Abdruck, in welchem in dem nämlichen Tone der Ueberhebung von nicht studirten Gemeindemitgliedern gesprochen wird. Auf dem Portrait der Begründung des Einspraches, welcher von Mitgliedern der St. Markus-Gemeinde zu Berlin gegen die Berufung des Predigers Fischer aus Gleiwitz erhoben werden ist, wird ein für jeden Laien verständlicher Satz als ein die Scholastik der Jesuiten in Schatten stellendes sophistisches Exzerpzin charakterisirt und dann mit Hohn hinzugefügt, daß dieser theologischen Sophistik sich auch „biedere Tischler- und Schneidermeister, Möbelpolierer und Handarbeiter" angeschlossen hätten.

Ganz anders wird aber von den Gemeindegliedern dann gesprochen, wenn sie auf liberalem Boden stehen. Dieselbe Nummer des „Neuen Ev. Gemeindeboten" giebt nämlich noch einen zweiten Artikel der „Prot. Vereins-Korr." wieder, in welchem der Fall Ziegler besprochen wird. Hier heißt es:

„Man traut der Gemeinde, wie es scheint, die Energie der Abwehr gegen das Vorhaben der Aufrichtung eines Bekenntnißzwanges in der Kirche ohne Unterstützung geistlicher Kräfte nicht zu. Es wird an den liberalen Gemeindemitgliedern sein, diese Politik durch ein energisches Geltendmachen ihrer freien evangelischen Ueberzeugung zu nichte zu machen."

Die Verfasser dieser Artikel werden doch nun sicherlich nicht annehmen, daß es unter den liberalen Gemeindegliedern keine harmlosen Bauern, keine Tischler- und Schneidermeister, Möbelpolierer und Handarbeiter gebe. Die von ihnen beliebte wegwerfende Behandlung ehrenwerther Mitchristen kann sich deshalb auf solche nur soweit beziehen, als sie treu an den Bekenntnissen der evangelischen Kirche festhalten. Das heißt mit anderen Worten: Für die evangelische Kirche, wie sie nach liberalem Schema sich gestalten soll, gilt das Gemeindeprinzip, aber nur, so lange von liberaler Seite eine Berufung darauf stattfindet. Die liberalen Gemeindeglieder repräsentiren die Intelligenz, die Bekenntnißtreuen sind, wenn sie nicht akademische Würden oder eine hervorragende soziale Stellung haben, eine radis indigestaque moles, welcher ein selbstständiges Urtheil nicht zugetraut werden kann.

Die Heuchelei, welche durch die Zulassung derartiger Unterschiede in die Erscheinung tritt, kennzeichnet die Agitation unserer Gegner. Am sich ist ihnen der Bauer und der Handwerker Lust. Aber sie bedürfen seiner, um auf seinen Schultern zur Macht zu gelangen. Damit sie das erreichen können, schwärmen sie für das „Gemeindeprinzip". Die Gemeinde ist für sie nicht die Gemeinschaft derjenigen, welche durch den Glauben an den dreieinigen Gott verbunden sind, sondern eine Mehrheit von Menschen, welche dem Gebieß ihrer liberalen Führer folgen. Wer das nicht thut, wird, falls er nicht Doktor oder Gerichtsrath oder gar Kommerzienrath ist, überhaupt nicht der Beachtung gewürdigt. Daß gerade die schlichten Männer, die viel verspotteten Tischler- und Schneidermeister, die Möbelpolierer und Handarbeiter, namentlich aber unsere Bauern durch ihren festensten Glauben vielen beschämen, vornehmen und reichen Leuten ein leuchtendes Vorbild sein können, dafür hat eine kirchlich-liberale Seele kein Verständniß.

Ueber die Behandlung, welche der Fall des Predigers Fischer in der protestantenvereinlichen Presse gefunden hat, haben wir uns schon einmal geäußert. Wir würden über diesen noch in der Entwickelung begriffenen Fall kein Wort verloren haben, wenn wir nicht durch die gegnerischen Angriffe dazu gezwungen wären. Leider müssen wir konstatiren, daß Prediger Fischer an denselben nicht unbetheiligt ist. Wenn er schon jetzt, wo über den Einspruch gegen seine Lehre die in erster Instanz zuständige Behörde noch nicht entschieden hat, zu einer öffentlichen Besprechung desselben durch Lieferung des Materials mittelbar beiträgt, so bestärkt uns das in der Vermuthung, daß die Protestanten im Rechte sind. Nur der Umstand, daß der hier angezogene Artikel der „Prot. Ver.-Korr." vor unserer letzten Mittheilung über den Fall Fischer erschienen ist, veranlaßt uns, zunächst von einer Ergänzung desselben Abstand zu nehmen.

Unser Bedauern müssen wir aber ausdrücken darüber, daß es den Anschein gewinnt, als ob gewisse geistliche Stellen nicht vom Patronat und den sonst taxu besagten Faktoren, sondern von einer in keinem amtlichen Zusammenhange mit der Gemeinde stehenden Agitationsvereinsgeist, bez. Ihren Vorsitzenden besetzt werden. Wenn diese Praxis eine dauernde werden sollte, dann müßten Zweifel in uns aufsteigen, ob die Vermehrung der geistlichen Kräfte überall zum Segen ist. Denn ein kirchlicher Agitator im kirchlichen Amte kann mehr zerstören, als ein pflichtbewußter Geistlicher aufbauen kann.

Nach hoffen wir allerdings, daß mit Gottes gnädigem Beistande die schwerste Gefahr von unserer Kirche wird abgewendet werden. Aber ohne Kampf kein Sieg. Da von liberaler Seite alle kirchlichen Angelegenheiten als Machtfragen behandelt und deshalb den Kirchengemeinden in den großen Städten alle drei Jahre erbitterte Wahlkämpfe aufgedrängt werden, so werden auch die bekenntnißtreuen Mitglieder nicht umhin können, diesen Kampf aufzunehmen, um dadurch die Herabwürdigung eines protestantischen einlichen Kirchenpatronats zu verhindern.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* **Berlin**, 8 Februar. Die „Militärische und Politische Korrespondenz" will von zuverlässiger Seite erfahren haben, der Dirigent der Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes, Wirklicher Geheimer Legationsrath Dr. Kayser beabsichtige binnen kurzem aus dem Reichsdienste zu scheiden.

Das ist offenbar nur die Wiederholung einer älteren Meldung, welche vor einigen Wochen durch die Zeitungen ging. Näheren Erkundigungen zufolge ist die Mittheilung nicht zutreffend. Der Dirigent der Kolonialabtheilung wird auf seinem Posten verbleiben und denkt nicht daran, aus dem Amt zu scheiden.

St. Maj. der Kaiser und König nahmen gestern Nachmittag nach der Frühstückstafel im Schlosse eine Staatsjacht durch den Oberstarren. Im Schloß anschließend verhörte der Kaiser in seinem Arbeitszimmer und erledigte Regierungsangelegenheiten. Abends 8½ Uhr fand bei den Kaiserlichen Majestäten im Blauen Saal des Königlichen Schlosses eine kleinere Balleröffnung statt, zu der über 80 Einladungen ergangen waren. Unter den Gladeren befanden sich JJ. KK. HH. der Großherzog und die Großherzogin von Baden, nebst der Prinzessin Buchholz von Schaumburg-Lippe, die gegenwärtig zum Besuch bei Hochstdenselben weilt, ferner die Erbprinz und die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, der Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein und der Prinz Albert von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, sowie die Prinzessin Victoria Louise zu Schleswig-Holstein, der Prinz und die Prinzessin Friedrich von Anhalt, der Prinz und die Prinzessin Albrecht von Sachsen-Altenburg, der Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, der Prinz Heinrich zu Schönburg-Waldenburg, der Erbprinz von Leiningen, Chef Kinderprinz-Preußen nebst Gemahlin und Tochter, Graf und Gräfin Arnim-Muskau nebst Tochter, Graf und Gräfin Götz, Schloßhauptmann Graf Königsmarck nebst Gemahlin und Tochter und viele andere hochgestellte Personen und Militärs. Gegen 11 Uhr wurde das Souper im kleinen Speisesaal eingenommen. Nachdem im Anschluß an das Souper noch ein Kotillon getanzt worden war, erreichte die Festlichkeit um 12 Uhr ihr Ende.

— Heute Vormittag hat Se. Maj. der Kaiser und König eine Ausgeschlafen nach dem Thiergarten und dort einen Spaziergang unternommen. Gegen 11 Uhr nahm Königlichen Schlosse Zurückgekehrt, arbeitete der Kaiser zunächst mit dem Chef des Zivil-Kabinets, nahm Mittags die persönliche Meldung des kommandirenden Generals des 15. Armeekorps, v. Blume, entgegen und empfing später den Major im Leib-Kürassier-Regiment und Adjutanten der 3. Division, Grafen v. Moltke, der die Ehre hatte, Sr. Majestät einen von ihm komponirten Armee-Marsch zu überreichen. Graf Moltke wurde darauf von Sr. Majestät zur Frühstückstafel befohlen, zu der auch der Prinz und die Prinzessin Hermann zu Sclaus-Braunfels und der Legationsrath v. Wangenheim geladen waren.

— Ihre Maj. die Kaiserin Friedrich erfreute sich, nach hier eingegangenen Nachrichten, während ihres Aufenthaltes in England bisher des besten Wohlbefindens. Die erlauchte Frau hat, wie jetzt gemeldet wird, dem Königl. Hof-Photographen Reichard, in Firma Reichard und Lindner Unter den Linden, in Anerkennung hervorragender Leistungen, die silberne Porträt-Medaille weiland des Kaisers Friedrich überreichen lassen. Dem Vernehmen nach wird die Kaiserin Friedrich mit der Königin von England voraussichtlich in Osborne verbleiben.

— Ueber das Befinden der Prinzessin Alice von Hessen verneinen wir, daß zwar eine wesentliche Besserung eingetreten sei, die erlauchte Patientin jedoch immerhin noch genötigt sein wird, auf kurze Zeit das Zimmer zu hüten. Bis zur völligen Wiederherstellung bleiben deshalb auch der Großherzog von Hessen und die Prinzessin Heinrich noch in Berlin.

— Der Fürst zu Ysenburg-Birstein hat nach mehrtägigem Aufenthalte Berlin wieder verlassen und sich nach Birstein zurückgegeben.

— Der Prinz Löwenstein ist heute früh aus Frankfurt a. O. hier eingetroffen und hat im Hotel Kontinental Wohnung genommen.

— Der Prinz Wolkonski ist mit seiner Familie heute früh aus Petersburg eingetroffen und hat im Hotel Continental Wohnung genommen. — Ebenda ist auch der russische Wirkliche Staatsrath v. Raffolovitsch, aus Petersburg kommend, heute früh abgestiegen.

— ⊙ Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Frhr. v. Marschall, veranstaltete gestern zu Ehren des österreichischen Botschafterpaares eine Tafel, zu der noch der dänische, braunschweigische und niederländische Gesandte mit ihren Gemahlinnen, der schwedische Gesandte, der serbische Geschäftsträger, der Kaiserliche Geschäftsträger in Luxemburg Graf Wallwitz, der französische Militärbevollmächtigte, Kommandant Meunier mit Gemahlin, der Kammerherr v. Roeder und andere geladen waren.

— ⊙ Das herannahende Ende des Karnevals führt allabendlich die Hofgesellschaft zu Ballfesten zusammen. So haben für Donnerstag Frau Gräfin Arnim-Muskau, für Freitag der General-Lieutenant Edler v. v. Planitz Einladungen ergehen lassen. Am Sonnabend findet ein kleinerer Ball bei Ihren Majestäten statt. Sonntag Abend wird beim Grafen Medem getanzt, und auf Montag ist das große Ballfest auf der niederländischen Gesandtschaft anberaumt, das ursprünglich am Sonnabend stattfinden sollte.

— ⊙ Beim braunschweigischen Gesandten Frhrn. v. Cramm-Burgdorff fand am Montag Abend ein Diner statt, zu dem 30 Personen geladen waren. Unter den Gästen befanden sich, zum Theil mit ihren Damen, der Staatssekretär Frhr. v. Marschall, der Bizeadmiral Hollmann, die Gesandten von Württemberg, Baden und Hessen, der schweizerische Gesandte Oberst Roth, der griechische Geschäftsträger Antonopulos und andere.

— Der Graf Karl v. Bredow auf Burg Friesack, Rittmeister a. D., Dombert des evangelischen Hochstifts und Kurator der Ritter-Akademie zu Brandenburg a. H., ist infolge eines durch Umstürzen des Wagens erfolgten Unfalls im 71. Lebensjahre auf Burg Friesack am 7. d. verschieden. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 11. d., Nachmittags 3 Uhr von der Kirche aus in Friesack statt.

Reichstags-Nachrichten.

* **Berlin**, 8. Februar. Die Verhandlungen über das Programm der Sozialdemokratie sind am 7. d. M. auf einen von Stöcker im Namen der Konservativen gestellten Antrag endlich zum „Abschlusse" gekommen. Die Sozialdemokraten widerstehen sich nicht, was sie ausschließt, der anderweiten Beschlußunfähigkeit des Hauses leicht hätten thun können, sondern begnügten sich mit dem wohlfeilen „Triumph", durch die Rede Liebknechts das „letzte Wort" behalten zu haben. In ihrer wahrheitsliebenden Art werden sie das natürlich in ihrer Presse sowie in ihren Versammlungen in noch umfassenderer Weise auszubeuten suchen. Das ändert an der Thatsache indessen nichts, daß die genannte Liebknechtsche Rede eigentlich sehr verspätetliche Ausführungen brachte, wie sich den Sozialdemokraten der Schluß der Verhandlungen hätte sein müssen, den sie aber freilich nicht selbst herbeizuführen wagten. Einmal über das andere warf Herr Liebknecht den Gegnern vor, was seine Parteigenossen selber gethan: daß sie den Streit um das Programm der Sozialdemokratie ohne alle Noth vom Zaune gebrochen; schämen hätten sie sich sollen, nach solchen Dingen wie der „Intimität" zu fragen u. dgl. mehr. Das konnte in der That kaum mißverstanden werden, und man hat den Herren die Gefahren gezeigt — aber auch sich selbst. Wer weiß Tage ist der Reichstag mit den sozialdemokratischen Hirngespinsten beschäftigt gewesen. Wir wissen nicht, ob irgend ein anderes Parlament der Welt sich je lange bei bloß theoretischen Erörterungen aufgehalten hätte; die Deutschen aber haben dem eine angeborene Vorliebe dafür, die sich in den langen Jahrhunderten ihrer politischen Ohnmacht entwickelt hat und sich nicht mit einem Male verlieren kann. Deshalb sind sie auch geneigt, die Verirrung solcher unfruchtbarer Verhandlungen zu überschätzen. Wir glauben ja auch, daß diese jüngsten Erörterungen in ihrer Art günstig wirken können und werden; nur darf man nicht außer Acht lassen, daß die Arbeiterklassen bekommen den Inhalt der vom 3. bis 7. d. M. gehaltenen Reden nur in dürftigen Auszügen zu lesen, und es wird, wie es heißt, dafür gesorgt werden, daß diese Auszüge nichts enthalten, was dem Ruhmes der Führer schaden könnte. Die „Zumen" freilich, die der Abg. Liebknecht jüngstens Weise für nicht vorhanden erklärte, werden die Arbeiter dann, um die Niederlage der „Fraktionellen" zur Kenntniß dieser zu bringen, „die es angeht". Da liegt der schwache Punkt.

— Die Wahlprüfungs-Kommission hat heute die Wahl des Abg. Ahlwardt (Antisemit) mit 9 gegen 5 Stimmen (der Freisinnigen) für gültig erklärt.

— In den Wandelgängen des alten Reichstags hielt sich seit heute das Bild des neuen Reichstags dar in der Art, wie an dem Bau gearbeitet wird. Ein kreidiamer Künstler, Hans Wesel, ein erfahrener Berliner, hat ein 2 m breites, 3 m hohes Bild „Auf dem Reichstagsgebäude" geschaffen, welches, wenn Anfangs Juni aufgenommen werden sind und die Gebäude 1892 vollendet wäre, ausgestellt. St. Wesel hat seine künstlerische Schule in Berlin und München durchgemacht und mit diesem Bilde sein erstes größeres Werk der Oeffentlichkeit übergeben. Die Bildfläche (Quartformat) stellt sich uns vor, zum Beobachter stehen die Handelnden Personen, was sich so überraschender wirkt, weil alle Figuren nach Perspektive gemalt sind. Links vorn Bauherr und erblickt man den genialen Baltiel, Baurath Hacker, Reichstags-Baumeister Müller (der den Bau leitet) und Baurat Schwatlo. Rechts vorn sieht man zwei nebeneinander stehende Arbeiterinnen, vorn der Arbeiter Bauwerker, Rechts vorn Beschauer aus) wird von kräftigen Arbeiterhänden der Stein der linken Ecke des Giebels ein dieser Form und nur weil Steine verhanden) mittels einer Kette gehoben, zu Anfang über die Breite führt Maurerpolier Beker, der den Grundstein gemauert hat.

Aus der Militärkommission des Reichstags.

— Die Kommission setzte heute Vormittag die Berathung über den Bericht der Subkommission fort. Auf Anregung des Abg. Richter erklärte der Direktor im Reichsschatzamt, Dr. Aschenborn, daß bei der Ueberschrift der in erwartenden Ausgaben nur die zu erwartenden einmaligen Kosten, alle die Anleihe-Kredite, Anfangs gefunden hätten. — Richter wünscht dies aber auch auf die Marine angewendet zu sehen. Die Erfüllung dieses Wunsches wurde zugesagt. — Hinge hält es trotzdem wünschenswerth für eine einheitliche Uebersicht über die Kosten, die aus Lebensmittelgesetzen entstehen, wenn diese wirksamen anwendend wiederzugeben würden.

Oberst Erstling erklärt, daß Kosten nicht entstehen dürfen, da sie, wenn dies der Fall sei, aus Verausgabungen entnehmen müssen. Mittelgesamtschätz. v. L. v. gedeckt werden würden. Es sei nicht abzusehen, daß irgendwo erstere Uebersicht, die Kosten, die aus Lebensmittelgesetzen entstehen, wenn dies wirksamen anwendend wiederzugeben würden.

Oberst Erstling erklärt, daß Kosten nicht entstehen dürfen, da sie, wenn dies der Fall sei, aus Verausgabungen entnehmen müssen. Mittelgesamtschätz. v. L. v. gedeckt werden würden. Es sei nicht abzusehen, daß irgendwo erstere Uebersicht, die Kosten, die aus Lebensmittelgesetzen entstehen, wenn dies wirksamen anwendend wiederzugeben würden. Kommandantenstab wurden sie, wie auch der Reichsschatzsekretär Frhr. v. Maltzahn hervorhebt, in den jedesmaligen Etat aufgenommen werden.

Richter meint, daß bei Berechnung des Etats der Reichsmarine die Personalausgaben und auch die erweiterten Schiffsbauten (vier Panzerschiffe und sechs Kreuzerfahrzeuge) hätten Berücksichtigung finden müssen. Auch die Kosten der Fortsetzung dieser neuen Schiffe seien nicht berechnet, ebenso wie Werftkosten. Der berechnete Betrag von 1883 904 M. sei als ganzes nicht ausreichend. Auch der Ersatz der Panzerschiffe sei nicht vorzusehen und demnach die Summe von 2 Mill. M. mehr dem Ordinarium hinzuzusetzen. Dr. Bubl (natl.) hält diese Berechnung für zu weitgehend und meint, daß nur die Schiffe berechnet werden könnten, die innerhalb der nächsten fünf Jahre wirklich fertiggestellt werden würden. Dagegen hält Rickert die Berechnungen Richters nicht für ausreichend, indem er auf die Ausgaben für Decks und auch die Befestigungen von Wilhelmshaven verweist und weitergehendere Pläne vermutet.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Maltzahn bestreitet, daß weitstehende anderweite Schiffsbauplänne vorhanden seien, und vertritt den Standpunkt, er könne und dürfe daher nur mit thatsächlichen vorhandenen Bundesrathsvorlagen rechnen. Andere Zahlen, als die auf Anfrage gegebenen, seien nicht mitzuteilen. — Richter bestreitet dabei, daß die Kosten aus der Denkschrift 1888 in Ansatz zu bringen seien und ebenso die Kosten aus der Denkschrift von 1892 wegen Personalvermehrung und Zahlenfestellung der Höfte der Flotte, und behauptet namentlich, daß die erwähnte Anschrift nicht hinreichend umfassend sei. — Direktor im Reichsschatzamt Dr. Aschenborn weist demgegenüber auf den Wortlaut der gestellten Fragen hin und giebt einige nähere Erläuterungen des bestehenden und beschlossenen Schiffsbauplanes. Die Ausführungen in der Denkschrift von 1888 seien ausgegeben, weil sie nicht mehr zu brauchen seien. Die in der Anmerkgegebenen Ziffern seien rein fakultativ gefunden. — Der Reichsschatzsekretär Frhr. v. Maltzahn tritt dieser Auffassung bei und stellt fest, daß die Berechnungen nur auf thatsächlich vorhandene Beschlüsse des Bundesraths und Reichstages hätten Bedacht nehmen können.

Graf Posadowsky-Wehner (Reichsp.) hält dies auch für zutreffend und meint, daß die Marineverwaltung vielleicht jogar zu weit gegangen sei, indem sie Zahlen berechnet, die zwar im Etat 1893/94 vorgesehen, aber noch nicht bewilligt seien. — Richter bestreitet dies und konstatirt, daß in der Budgetkommission bei den Mehrforderungen immer auf die Schiffsbauplänne von 1888 verwiesen werde. — Dr. Bubl (natl.) hebt hervor, daß der Reichstag verschiedene Abstriche im Marine-Etat gemacht habe. — Rickert meint, daß bei keiner Verwaltung ein fester Plan so, wie bei der Marine, erforderlich sei. Herr v. Stosch habe sich seiner Zeit der Aufgabe in unserer Flotte Weise entledigt. Jetzt aber scheine gar kein Plan mehr vorzuliegen, wie dies aus den ganz angeführten Angaben des Reichsschatzamts hervorgehe. — Direktor im Reichsschatzamt Dr. Aschenborn tritt dem entgegen. Rickert wünscht eine amtliche Auskunft der Reichsmarineverwaltung gegenüber den Angaben des Reichsschatzamts. Ein diesbezüglicher Antrag wird angenommen. — Richter wünscht die Feststellung der auf die nächsten 10 Jahre zu erwartenden Ausgaben, berechnet auf die nächsten fünf Jahre.

Bei Punkt 2 und 3 aus II Etat der Reichsmarine bemängelt Richter abermals, daß eine nicht ausreichend umfassende und klare Berechnung gegeben sei. — Direktor Dr. Aschenborn und Frhr. v. Stumm bestreiten dies und verweisen auf die Form der gestellten Fragen und dementsprechend ertheilten Antworten. — Dasselbe erklärt der Reichsschatzsekretär Frhr. v. Maltzahn und meint, daß das Reichsschatzamt nicht Auskunft geben dürfe, wenn es erteilt habe. — Hinge hält dagegen, daß Dr. Bubl (natl.) und stellt fest, daß jemand hinsichtlich der zu erwartenden Ausgaben für die Militärvorlage, wie für die Marineverstärkung nach ganz gleichmäßigen Grundsätzen verfahren werden sei. Richter bemerkt dem gegenüber, daß die Mehrausgaben für die Marine aus Steuern, dagegen für die Marine aus Anleihen gedeckt werden sollten, darin liege der Unterschied der Berechnung, der nicht beachtet werden sei.

Direktor Dr. Aschenborn stellt fest, daß die Rattzahlende Berechnung genau nach legalen Gesichtspunkten und den Fragen entsprechend zwar in verschiedener Form, aber doch gleichmäßig verfahren und gerechnet sei. — Frhr. v. Stumm hält dem Abg. Richter vor, daß er, obgleich er alle die Fragen angezeigt habe, sich um den Eintritt in die Subkommission gedrückt habe, wo alle die heute behandelten Streitpunkte in breitester Form hätten durchgesprochen und erledigt werden können.

Zum Schlußsatz des Berichts auf S. 7 erklärt General-Major v. Gostler, daß alle gegebenen Erklärungen nur mit allem Vorbehalt hätten erteilt werden können. Als auf alle Fälle bindend dürften dieselben nimmer betrachtet werden können. Zur Berathung der „Zusammenstellung" wünscht Abgeordneter Richter Auskunft, weshalb zu Nr. 1 der Listen der Ausgaben für Invaliditäts- und Alters-Versicherungen fallend berechnet wären. Geh. Rath Aschenborn erklärt, daß eben nur Mehrausgaben hätten übrig gemacht werden sollen, bez. aber. Abgeordneter Hinge bemerkt, daß die Summe der Zinsen für ja nichts berechnet, auch die Verwaltungs-Kosten. Direktor Aschenborn erklärt die Fehler als zutreffend nach Entschuldigungen aufgestellt.

Abg. Richter bittet im weiteren, daß ein Plan für Einführung der Reichsmarine nach Berlin erfolgt, trotzdem derselbe zum Theil schon eingeleitet sei. Werde derselbe zur Ausführung kommen, dann werden rund 12 Millionen mehr jährlich auszugeben sein. Aus unerwarteten Ausgaben werden mit jenen erstgenannten zusammen ist 5 im nächsten Jahre Mehrausgaben von 500 000 M. ergeben. Der Reichsschatzsekretär meint darauf hin, daß die Beiträge zu den Kosten-Ausgaben, die Mehrausgabe Reichstage ja abgelehnt werden sei. Aschenborn, der Reichsschatz-Sekretär und Frhr. v. Stumm widerstreiten den Forderungen des Abg. Richter, daß andere Ausgaben, als die gesetzlich festgelegten in unerwarteten Zusammenstellungen, hätten Aufnahme finden können. — Abg. Richter weist auf den Anstoß an Einnahmen aus dem Reichsstellen hin und Dr. Bubl hält dem entgegen, daß ja bedauerlicher Weise die Beschuß der Handelsverträge die Deckungsfrage wegen dieser Ausfälle gar keine Berücksichtigung finden könne. Zur Berathung nur aus der Invaliditäts-Versicherung Ausfall von 100 Millionen heraus, allerdings als Entlastung des Volkes einen Ausfall an Zoll-Einnahmen von 50 Millionen Mark. — Frhr. v. Hammerstein meint, daß das wohl besser im Plenum behandelt würde, der Entlastung des Volkes, welche Dr. Bubl hervorgehoben, stehe eine erhebliche Belastung der Produzenten gegenüber. Ein rüstiger Handelsvertrag werde die Lage der letzteren noch erschweren, dies wolle er ausdrücklich hervorgehoben haben.

Nach einigen Ausführungen des Dr. Bubl, Abg. Richter und des Reichsschatzsekretärs wird der Sitzung um 1 Uhr geschlossen. — Nächste Sitzung: Sonnabend Vormittag 10 Uhr.

Landtags-Nachrichten.

Im Haus der Abgeordneten! In der Unterrichts-Kommission wurde anläßlich der Petition des Vereins eines Schulrates Dr. Schmidt-Gotha, betreffend die Erteilung des Religionsunterrichts um religiösen Unterricht an höheren Schulen hin ging. Der Regierungskommissar Geh. Rath Stauder bekannt, daß der Kultusminister trotz bewußt gewesen sei, zwischen den beiderseitigen Interessen zu vermitteln, und so auch im vorliegenden Falle handeln werde. Die Abg. Schenkendorff und Schmidt-Stettin nur aus Gymnasial-Abgeordneten Anlaß von 100 Millionen heraus, allerdings als Entlastung des Volkes einen Ausfall an Zoll-Einnahmen von 50 Millionen Mark. — Frhr. v. Hammerstein meint, daß das wohl besser im Plenum behandelt würde, der Entlastung des Volkes, welche Dr. Bubl hervorgehoben, stehe eine erhebliche Belastung der Produzenten gegenüber. Ein rüstiger Handelsvertrag werde die Lage der letzteren noch erschweren, dies wolle er ausdrücklich hervorgehoben haben.

Nach einigen Ausführungen des Dr. Bubl, Abg. Richter und des Reichsschatzsekretärs wird der Sitzung um 1 Uhr geschlossen. — Nächste Sitzung: Sonnabend Vormittag 10 Uhr.

Deutschland.

* **Berlin**, 8 Februar. Das Jrode, welches Kaulla den Bau der anatolischen Bahn zuwarf, ist nunmehr erschienen.

* **Berlin**, 8. Februar. Die „Germania" bringt einen ausführlichen Bericht über eine in Münster stattgehabte Versammlung des „Volksvereins für das katholische Deutschland". Als Redner traten u. a. auf: Dr. Schäfer, Dr. Persch und Dr. Lieber, welcher letztere aus der Militärvorlage berichtete. Daß man es, daß u. a. die Frkrn. v. Schorlemer-Alst und v. Landberg-Steinfurt der Versammlung nicht beigewohnt zu haben scheinen. Sollte es wirklich wahr sein, was uns aus Münster mitgetheilt wird, daß man diese beiden Herren überhaupt nicht eingeladen hatte?

K **Breslau**, 7. Februar. [Arbeitslose.] Heute fanden wieder Demonstrationen von sogenannten Arbeitslosen statt. Die Ueberlinaßen an einer außerhalb der Stadt stattfindenden Versammlung trugen nach Verabschiedung derselben nach dem Ringe zu. Durch ein Aufgebot von einem hundert Schutzleuten zerstreut, verlachten sie gegenwärtig von Gelegenheiten aus nach dem Ringe hervorzugerufen, auch vieles Verwundete wurde jedoch verletzt, welche es nicht die Polizeibeamten abgesehen.

K **Leobsch